

GASTKOMMENTAR

# *Eine Währung ist geronnenes Vertrauen*

*Die Euphorie des Binnenmarktprozesses und die Furcht vor einem neuen Grossdeutschland haben 1992 zur gemeinsamen europäischen Währung geführt.*

*Noch nie aber hat eine Währungsunion überlebt, die sich über mehrere Staaten wölbte.*

*Von Dieter Freiburghaus*

Die Schweiz war während einiger Jahrhunderte ein Staatenbund. Napoleon machte daraus einen Einheitsstaat und dann einen Bundesstaat. Nach dem Wiener Kongress kehrte die alte Unordnung zurück. Nach dreissig turbulenten Jahren wurde 1848 der Bundesstaat gegründet, ein souveräner, nationaler Verfassungsstaat. Im Zentrum standen die einheitliche Aussenpolitik und die gemeinsame Verteidigung, ausserdem sollten die inneren Handelsschranken und Zölle abgebaut werden. Die meisten Kompetenzen blieben bei den Kantonen, doch konnte der Bund durch Verfassungsänderung neue an sich ziehen. Solche Änderungen kamen in der Folge häufig vor, denn sie bedurften nur des einfachen Mehrs von Volk und Ständen. Die Gesetzgebung erfolgte mit dem einfachen Mehr beider Kammern des Parlaments. Bundesrecht brach kantonales Recht. Die innere Ordnung des Landes wurde von den kantonalen Polizeikörpern und der Armee aufrechterhalten. Neunmal hat der Bund im 19. Jahrhundert Bundeskommissäre in die Kantone entsandt, um Konflikte zu entschärfen.

## *Währungsunion Schweiz*

Die Bundesverfassung übertrug dem Bund die Münzhoheit. 1850 wurde mit dem Bundesgesetz über das Münzwesen der Franken à 100 Rappen für die ganze Schweiz eingeführt, und daran hat sich seither – ausser an der Zusammensetzung der Legierung – nichts mehr geändert. Vier Jahre nach der Gründung des Staates war die Schweiz also eine Währungsunion. Dass dieser Franken 1866 in die Lateinische Münzunion eingebunden wurde – auch Griechenland war übrigens dabei –, erwies sich als Fehler. Die Haupteinnahmequelle des Bundes waren die Zölle. Aus ihnen entschädigte er die Kantone für den Wegfall ihrer bisherigen Zolleinnahmen. In der zweiten Jahrhunderthälfte nahmen die Zölle rasch zu, so dass der Bund an die Kantone immer grosszügigere Subventionen ausrichten und sie so näher an sich binden konnte. Voilà un Etat!

Die Europäische Gemeinschaft wurde 1957 als gemeinsamer Markt gegründet. Schritt für Schritt wurde dieser realisiert, bis 1992 der Binnenmarkt erreicht war. Er ist immer noch das Kern- und Paradestück der Union. Politisch ist sie jedoch ein Staatenbund geblieben. Man spricht zwar von der «finalité politique», doch niemand weiss, was das bedeutet. Es soll eine «ever closer Union» werden, doch manchen Mitgliedstaaten ist sie schon jetzt zu eng. Die Union basiert auf keiner Verfassung, sondern auf einem internationalen Vertragssystem,

welches nur mit der Zustimmung aller 28 Mitgliedstaaten abgeändert werden kann. Das wird künftig kaum mehr möglich sein, denn der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist aufgebraucht.

Es droht die Sklerose. Es gibt keine gemeinsame Aussenpolitik, die diese Qualifikation verdient, und von einer gemeinsamen Verteidigung kann keine Rede sein. Es gelingt nicht einmal, die Flüchtlinge vernünftig zu verteilen. Die Finanzmittel der EU sind gering, sie machen nicht einmal zwei Prozent der Gesamtfinanzen des Systems aus. Ceci n'est pas un Etat!

Noch nie hat eine Währungsunion überlebt, die sich über mehrere Staaten wölbte, denn eine Währung ist geronnenes Vertrauen.

## *Keine politische Union*

Doch die Euphorie des Binnenmarktprozesses und die Furcht vor einem neuen Grossdeutschland haben 1992 dazu geführt, in Maastricht eine gemeinsame Währung in den Vertrag zu schreiben – entgegen dem Rat der allermeisten Ökonomen. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften war schon damals extrem unterschiedlich, und es war deshalb unsinnig, die elastische Kopplung floatender Währungen durch die starre einer gemeinsamen zu ersetzen. Es sei eben ein politisches Projekt, wurde gesagt, eine Konzession von Herrn Kohl an Herrn Mitterrand, und da müssten kleinliche ökonomische Erwägungen zurückstehen.

Immerhin sah man ein, dass es auch einer politischen Union bedürfte, doch diese kam nicht zustande. Ersatzweise forderten die Ökonomen eine unabhängige Zentralbank und strenge Kriterien für den Beitritt zur gemeinsamen Währung. Letztere erfüllten in den neunziger Jahren nur wenige Staaten. Doch in wundersamer Weise wurden es immer mehr, und 1999 startete der Euro mit elf Staaten. Zwei Jahre später konnte auch Griechenland über die Schwelle gehoben werden. Doch kurz danach hielt kaum mehr jemand die Stabilitätskriterien ein, selbst Deutschland und Frankreich nicht. Ein Austritt aus der Währungsunion wurde nicht vorgesehen, denn sie sollte ja Europa unumkehrbar voranbringen.

Es ist erstaunlich lange gut gegangen, scheinbar, denn man achtete der immer gigantischeren Verschuldung von Staaten und Bürgern nicht. Doch mit der Finanzkrise brachen etliche Kartenhäuser zusammen. Und nun begann das grosse Löcherstopfen. Gewaltige Summen flossen in die Krisenländer; den Steuerzahlern gegenüber sprach man von rückzahlbaren Darlehen. Einige Länder konn-

ten so bisher über Wasser gehalten werden, doch in Griechenland gelingt dies offenbar nicht mehr. Man wird den grössten Teil der Schulden erlassen müssen. Ja und dann, wie soll dieses Land je gesunden? Was sollten die Griechen, ausser Tourismus, exportieren, um auch nur die dringendsten Importe zu finanzieren? Man wird, um Not und Unruhen zu vermeiden, helfen müssen, zur Nothilfe greifen.

Kurz nach der Vereinigung Italiens wurde die Lira als gemeinsame Währung eingeführt. Der Süden verarmte. Seit Jahrzehnten fliesst ein breiter Geldstrom in den Mezzogiorno, doch die Mafia ist dort das Einzige, was gut gedeiht.

Wer den Karren vor den Ochsen spannt, wird nicht weit kommen!

.....  
**Dieter Freiburghaus** ist emeritierter Professor für europäische Studien am Idheap der Universität Lausanne.